STEUERAFFÄREN

Vergiftete Dokumente

Ein Schwerverbrecher bietet 2700 Kontodaten aus Liechtenstein an – gegen Strafrabatt. Doch neue Beweismittel belasten ihn so schwer, dass ein Deal undenkbar scheint.

Wenn Vorfreude die schönste Freude ist, dann müssen die mutmaßlichen Erpresser Michael Freitag, 48, und Thomas K., 43, im Mai 2005 ein paar schöne Stunden in Wilhelmshaven verlebt haben. Dort wollten die Männer den Millionär P. treffen, um ihm Belege seines Kontos bei der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) zu verkaufen. Für die Papiere, das war klar, würde sich andernfalls die Steuerfahndung interessieren. Bei der Gelegenheit besuchten die beiden auch noch den örtlichen Mercedes-Benz-Händler – ein paar Anregungen holen, was man mit dem Geld so alles bestellen könnte.

Bei der Vorfreude blieb es. Denn das Nachspiel findet seit Monaten bei der Staatsanwaltschaft Rostock statt, und an diesem Montag wird aus dem Ganovenstück eine mittlere Staatsaffäre. Dann nämlich wollen Freitags Anwältinnen mit der Staatsanwaltschaft über einen Deal reden.

Freitag bietet Daten von 2700 deutschen LLB-Kunden an, ein Schatz, nahezu doppelt so umfangreich wie der, der die jüngste Großrazzia gegen Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel und andere Kunden der liechtensteinischen LGT-Bank ausgelöst hatte. Doch der Erpresser fordert einen saftigen Strafrabatt. Und der fällt den Anklägern besonders schwer: Freitag wurde wegen zahlreicher Gewaltverbrechen verurteilt. Selbst sein Erpresserleben ist, wie sich jetzt zeigt, mit Kameras dokumentiert.

Der Wilhelmshavener Ausflug ist Teil einer umfangreichen Beweissammlung, die den Rostocker Ermittlern seit rund zwei Wochen vorliegt. Sie deckt mehr als zwei Jahre klandestiner Beobachtungen durch das Wiesbadener Sicherheitsunternehmen Espo im Auftrag der Liechtensteinischen Landesbank ab. Darin zu sehen: Freitag samt Helfer an verschiedenen Orten Deutschlands und der Schweiz, bei Hausbesuchen bei Kunden der LLB, bei Verhandlungen und Geldübergaben. Besonders pikant: Das neue Belastungsmaterial lieferte die Espo mit Einverständnis der LLB aus – und schmälerte damit den Spielraum für einen Vergleich, der ihre Kunden gefährden könnte.

Schon zuvor hatte sich die Erpressungsanklage gegen Freitag auf die Aussage eines Espo-Mitarbeiters gestützt, der im Auftrag der LLB mit Freitag über den Rückkauf des Konvoluts verhandelte, die der Kriminelle über einen in Haft sitzenden Ex-Mitarbeiter der Bank ergattert hatte (SPIEGEL 7/2008). Das Geldhaus zahlte dem Erpresser im August 2005 und August 2007 neun Millionen Euro, um die Kontoinformationen von rund 1600 deutschen LLB-Kunden heimzuholen. Für weitere etwa 1100 Datensätze sollten im August 2009 noch mal vier Millionen Euro fließen.

Dann aber war Freitag so dumm, im September vergangenen Jahres bei der Rostocker Commerzbank 1,4 Millionen der Liechtenstein-Gewinne in bar einzuzahlen; so geriet er ins Visier der Fahnder. Die nahmen ihn wenige Tage später fest.

Zwar kam Freitag noch mal frei, weil die Ermittler die Liechtenstein-Connection nicht kannten und sie ihm daher keine Straftat nachweisen konnten. Aber schließlich rang sich die LLB, die über Freitags Versuche, Bankkunden zu erpressen, informiert war, dazu durch, den Strafverfolgern einen Hinweis auf die Espo zu geben. Als deren Mitarbeiter Freitag belastete, kam er erneut hinter Gitter.

Mit der jüngsten Nachlieferung bringt die Espo Freitag in eine noch schlechtere Lage, aber auch den Staat in eine Zwickmühle. Für die Staatsanwaltschaft sind die Dokumente Gold, für die Steuerfahndung Gift. Bei der „Bonanza an Beweisen“, so ein Ermittler, bleibe für einen Deal kaum Raum. Die Hoffnung der Steuerfahnder, die Jagd auf Steuersünder der LLB zu eröffnen, schwinden – sehr zum Wohlgefallen der Bank und ihrer Kunden.

Unter diesen Vorzeichen starten nun die Gespräche zwischen der Staatsanwaltschaft und Freitags Verteidigerinnen. Freitag hat sich offenbar vor dem Verkauf der 1600 Datensätze an die Bank eine Kopie gemacht. So kann er nun vermutlich seinen Gesamtbestand, die Daten von rund 2700 Kunden aus der Zeit bis 2003 anbieten. Doch im Gegenzug erwartet er einen radikalen Strafnachlass. Ihrem Klienten, das macht seine Anwältin Astrid Denecke deutlich, könne man nicht mit „sechs Monaten“ minus kommen.

Doch Freitag ist kein Heinrich Kieber. Dem Ex-Angestellten der Liechtensteiner LGT-Gruppe kaufte der Bundesnachrichtendienst geklaute Bankdaten für 4,6 Millionen Euro ab. Freitag hingegen kennt Banken durch Raubüberfälle in den frühen neunziger Jahren. Er ging äußerst gewalttätig vor und wurde 1994 gefasst, nachdem er den Sohn eines Unternehmers entführt hatte. Bei seiner Festnahme verletzte Freitag in Frankreich einen am Boden liegenden Polizisten durch Schüsse schwer.

Den Kauf der LGT-Papiere feierte Finanzminister Peer Steinbrück als „das Geschäft meines Lebens“. Als Freitags Anwältinnen im vergangenen Monat im Kielwasser des Kieber-Deals im Bundesfinanzministerium auch für ihren Mandanten vorstellig wurden, reagierte das Ministerium spröde. Für Freitag, so der Bescheid, seien Staatsanwälte zuständig.

ULRICH JAEGER

FABRICE COFFRINI / AFP (L.); SINDERMANN / BILD ZEITUNG (R.)

Finanzplatz Liechtenstein, Angeklagter Freitag (2. v. r.), Rostocker Justizbeamte: *Zwei Jahre Erpresserleben von Detektiven dokumentiert*